

Breite Diskussion in der Gesellschaft notwendig

Erzbischof Becker zu sozialem Engagement

Paderborn (pdp). Erzbischof Hans-Josef Becker hat sich jetzt zur aktuellen Debatte um soziales Engagement junger Menschen in der Gesellschaft geäußert. In seinem Beitrag, den wir im Folgenden dokumentieren, ruft er zu einem breiten Diskussionsprozess in der Gesellschaft auf.

Zurzeit ist eine lebhafte Diskussion über die Einführung eines allgemeinen Pflichtjahres für junge Männer und Frauen in unserer Gesellschaft entbrannt. Diese Diskussion ist ausdrücklich zu begrüßen. Sie thematisiert Werte und Dienste in und für unsere Gesellschaft. Die Politik ist angefragt, verschiedene Lösungen zu prüfen. Dabei stehen zunächst einmal eine Reihe von Fakten-Fragen zur Beantwortung an. Angefangen bei der Frage wie sich ein solches Jahr zu einem vertretbaren Aufwand organisieren lässt, bis hin zu der Frage nach geeigneten Arbeitsplätzen. In diesen Kontext gehört aber auch die Frage, ob sich soziale Arbeit überhaupt anordnen lässt, wenn sie denn Erfolg versprechend sein soll. Die Einführung eines sozialen Pflichtjahres wirft natürlich auch die Frage der Vereinbarkeit eines solchen Pflichtjahres mit dem Grundgesetz auf. Eine politische Lösung sollte einen breiten Diskussionsprozess in der Gesellschaft abschließen und zu einer Regelung führen, die einvernehmlich gesellschaftlich akzeptiert wird.

Seitens der Kirchen können die sehr positiven Erfahrungen mit Jugendlichen in diesen Prozess eingebracht werden, die sich für ein freiwilliges soziales Jahr entschieden haben. Immer wieder bestätigen diese Jugendlichen, dass sie mit reichen für ihr Leben wichtigen Erfahrungen das Jahr abschließen. Niemand leistet hier nur einen Dienst ab. Für diese Jugendlichen steht die Frage im Vordergrund: „Wohin geht mein Lebensweg?“, „Was kann ich für die Gemeinschaft tun?“ und nicht: „Was kann die Gesellschaft für mich tun?“ Dies gilt übrigens auch für viele junge Männer, die in kirchlichen sozialen Einrichtungen ihren Ersatzdienst leisten. Ich bin überzeugt davon, dass die Gesellschaft durch das soziale Engagement der Menschen mehrfach beschenkt wird: im Blick auf die geleistete Hilfe und im Blick auf die Erfahrungen, die jene machen, die helfen. Aufgabe der Politik muss es sein, Konsensbildung in der Gesellschaft zu betreiben. Soziale Dienste, Dienste am Menschen, die lediglich auf Zwang beruhen, bringen keine Bereicherung. (22.01.04)